



Katrin Werner, MdB

02. Sep. 2019

Erl.: .....

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Frau  
Katrin Werner  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Paulinstraße 1-3  
54292 Trier

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Mail: [poststelle@mffjiv.rlp.de](mailto:poststelle@mffjiv.rlp.de)  
[www.mffjiv.rlp.de](http://www.mffjiv.rlp.de)

27. August 2019

Mein Aktenzeichen  
74 51-00004/2019-001  
Dok.-Nr.: 2019/038945  
Referat 737

Ihr Schreiben vom  
21. August 2019

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Gregor Beilmann  
[Gregor.Beilmann@mffjiv.rlp.de](mailto:Gregor.Beilmann@mffjiv.rlp.de)

Telefon / Fax  
06131/ 16-5679  
06131/ 1617-5679

## Durchführung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG)

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Bezug von Elterngeld und ElterngeldPlus

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete Werner, *sehr geehrte Frau Werner,*

vielen Dank für Ihren Brief vom 21. August 2019 zu Bearbeitungszeiten und Personalausstattung der Elterngeldstellen in Rheinland-Pfalz.

Die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am 25. Juli 2019 an alle Bundesländer weitergeleitet, da der Bundesregierung die Beantwortung eines Teils der Fragen nicht möglich war. Dem im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) festgelegte Umfang der statistischen Erhebungen zum Elterngeld sind diese Angaben nicht zu entnehmen.

Die Ausführung des BEEG ist Aufgabe der Bundesländer und in Rheinland-Pfalz an die Landkreise, kreisfreien Städte und großen kreisangehörigen Städte mit eigenem Jugendamt übertragen (kommunalisiert). In Rheinland-Pfalz werden neben der Bundesstatistik zum Elterngeld keine weiteren Erhebungen mehr durchgeführt.

- 1 -



Das zuständige Fachreferat meines Hauses hatte dem BMFSFJ daher mitgeteilt, dass die von dort zur Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE erbetenen Angaben für Rheinland-Pfalz nicht zugeliefert werden können.

Zur Beantwortung der nun von Ihnen an mich gerichteten Fragen müsste eine sehr aufwändige Abfrage bei allen 41 kommunalen Elterngeldstellen in Rheinland-Pfalz durchgeführt werden. Ich bin gehalten, solche Abfragen zuvor mit den Kommunalen Spitzenverbänden abzusprechen, die - wegen der Arbeitsbelastung in den Kommunen - generell darum gebeten haben, Abfragen auf das Notwendigste zu beschränken.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Spiegel